

Danziger Zeitung.



No 8144.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kässerl. Postkassen angekommen. Preis pro Quartal 1 R. 15. Auswärts 1 R. 20. Justiz, pro Zeitung 2 R., nebst an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitemeyer und Sohn. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Egler; in Hamburg: Haisenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 5. October. Das „Reuter'sche Bureau“ verbreitet, das nach einer gestern über Melbourne eingegangenen Nachricht auf den Fidschi-Inseln Unruhen ausgebrochen seien. Die weiße Bewohner habe sich bewaffnet und verweigere die Bezahlung der Steuern. Der englische und der deutsche Consul suchten zu vermitteln. Der Capitän eines dort liegenden englischen Kriegsschiffes habe in einer Proklamation allen englischen Unterthanen sich zu bewaffnen verboten.

Paris, 5. October. In einer gestern stattgehabten Versammlung von Mitgliedern der Rechten ist eine Special-Commission gewählt worden, welche ein Programm beabsichtigt Herstellung einer gemeinsamen Action der verschiedenen Gruppen der Rechten feststellen soll. Die Commission besteht aus dem General Charnier, dem Herzog von Audiffret-Pasquier, dem Baron de Larch, Combier und dem Grafen Darni, welche die vier Fractionen der Rechten repräsentieren. Sobald die Commission ihre Arbeiten beendigt haben wird, soll sie dieselben den Bureau vorlegen. Es wurde hierauf beschlossen, daß am Donnerstag nach der Sitzung der Permanenz-Commission keine Sitzung der Rechten stattfinden soll. „Journal des Debats“ bemerkt, es scheine aus den angenommenen Resolutionen hervorgehen, daß keinesfalls die Rede davon sei, der Permanenz-Commission eine fristlose Einberufung der National-Versammlung vorzuschlagen.

Danzig, den 6. October.

Die offiziellen Blätter aller Nuancen sind jetzt eifrig bemüht, die Nachricht zu widerlegen, daß von Seiten der Regierung der Versuch gemacht sei, dem bedecklichen Zusammensein, in welchem sich zur Zeit die Quisitor'schen Unternehmungen befinden, durch direkte oder indirekte Unterstützung des Staates aufzuholen. Doch bleibt noch immer trotz aller Dementis mehr übrig, als es vor dem Lande zu verantworten ist. Es scheint, als ob die Seehandlung dem Unternehmer, als er neulich in der Klemme war, auf augenblicklich nicht realisierbare Effecten bedeutende Vorschüsse mache, und daß der Bankpräsident v. Dethond jetzt interveniert, weil die Seehandlung bei einem möglichen Zusammenbruch mit beteiligt ist. Keins der staatlichen Bankinstitute sollte sich aber dazu hergeben, da bei der Unterstützung der Speculation zu beteiligen. Die kgl. Bank hat schon zur Zeit der unschönen Gründerwohl durch die umfangreiche Ausnutzung ihres unbeschränkten Notenmonopols dazu beigetragen, daß der Schwund einen solchen Höhepunkt erreichen konnte; sie darf aber nicht noch die Speculation zu fülligen versuchen in dem Augenblick, wo der Sünden die selbstverschuldeten Strafe auf dem Fuße folgt. Wenn man heute bankrotte Gründer von Staats wegen flüzen wollte, so hätte man in Recht, dieselbe Hilfe den Productivgenossenschaften der Arbeiter zu versagen; denn mit mißleiteten Arbeitern wird man doch noch eher Sympathien fühlen müssen, als mit verschrobenen Gründern. — In der Mittheilung der „Deutschen Nachricht“ aber, daß Ministerium und König für die Quisitor'sche Sache eingetreten seien, erkennen wir nur ein verwerfliches Mandat, um einige Dobbern die Papiere treiben zu helfen.

Erfreulicher Weise stellt sich heraus, daß im ganzen Lande fast überall die beiden großen liberalen Fractionen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gemeinsam vorgehen werden; außer einigen Wahlkreisen Schleswig-Holsteins, wo der Partikularismus sich zum Theil noch durch politische Partei-

fahnen deckt, wird sich die Fortschrittspartei nur noch in wenigen großen Städten, wie in Köln und Breslau, den Luxus eines Kampfes gegen die befreundeten Nationalliberalen gestatten. Breslau ist jetzt im Abgeordnetenhaus durch drei Nationalliberalen, im Reichstage durch zwei Fortschrittmänner vertreten. Die Nationalliberalen schlugen einen Compromiß vor, wonach ein Abgeordneter der Fortschrittspartei abzugeben werden sollte. Die Letztere schlug aber den Vorschlag aus, sie forderte wenigstens zwei Mandate für ihre Partei; die einzelnen Redner der Partei sprachen es offen aus, daß sie den Wahlkampf hauptsächlich deshalb vorziehen, um die Unterschiede zwischen den beiden liberalen Parteien nicht ganz verschwinden zu lassen. Ein Beweis, wie künstlich diese Unterschiede heute nur noch aufrecht erhalten werden.

In Berlin werden hauptsächlich die beiden Richtungen in Frage kommen, in welche dort die Fortschrittspartei auseinandergeht. Das in der Haupttheorie von uns mitgetheilte Programm des linken Flügels, der sich mit stark katholisch-socialistischer Farbung von dem Gros der Partei abweigt, wird von dem Berliner Hauptorgan der alten Fortschrittspartei, der „Voss. Stg.“, folgendermaßen kritisiert:

„Es wird Beseitigung der Ausbeutung der Gesellschaft vermittelst der Privilegien einzelner Gesellschaftsklassen, also des Papiergeld-Monopols der Privatkantinen, des Bau- und Verwaltungs-Monopols der Privat-Eisenbahn-Gesellschaften verlangt. Was das Papiergeld-Monopol betrifft, so liegt das auf dem kontroversen Gebiet der Bankgeschäfte, zu deren Klärung bis jetzt so wenig die theoretischen, wie die praktischen Katholisch-socialistischen etwas beigetragen haben und die Unterzeichner des Programms etwas beitragen werden. Uebrigens hat im Reichstage bereits der sehr altliberalen Abgeordneten Tellamann mit Zustimmung von Freunden aus allen Parteien den Antrag gestellt und wird ihn wiederholen, Noten nur gegen volle Metallbedingung auszugeben, was denn doch eine prächtigere Fassung ist, als Entziehung des Notenmonopols für die Privatkantinen. Soll etwa dem Staat ein Noten- und damit auch ein Bankenmonopol einräumen werden, und will man dem Staat auch ein Eisenbahnbau- und Vermaltungsmittel zubilligen? Das wäre ein sehr unzulässiger Einfall, und beiläufig bemerkt ist der Ausschluß der Concurrence nach dem Gesetz von 1838 bei Eisenbahnen aufgehoben, weitere Arbeit aber in dieser Materie werden am besten auf den Bericht der Untersuchungs-Commission über Eisenbahnen angewiesen werden. — An die Beseitigung der Buchthaus-Arbeitsconcurrenz wird schon lange gedacht, doch ist man immer noch nicht hinter das Geheimnis gekommen, die Sträflinge arbeiten zu lassen und ihre Arbeiten zu verwerten, ohne dabei irgendwo mit der freien Thätigkeit in Collision zu gerathen. Es wird genügend nicht blos von der Fortschrittspartei dankbar aufgenommen werden, wenn einer der Herren vom neuen Programm dieses Geheimnis entdeckt hätte, denn doch die Sträflinge in olympischer Ruhe ihre Zeit abzufüllen oder ihre Arbeiten selbst zu verbrauchen oder wieder zerstören sollten, um sie immer vor vorne anzufangen, wird doch nicht verlangt werden. — Unter denselben Umständen und in demselben Atem wird „Regelung des Lieferungswesens im Interesse der freien Arbeit und der Gesamtindustrie“ verlangt. Unseres Wissens ist bei den Behörden keine principielle Abneigung vorhanden, „im Interesse der Gesamtindustrie“ mit Genossenschaften, wie mit Actiengesellschaften die Lieferung von Lokomotiven, Panzerplatten, Schreibfedern, Bindfaden u. s. w. zu kontrahieren, aber erst müssen doch solche Genossenschaften da sein, und ob jeder „Seilerarbeiter“ in ihnen dann noch „freie Arbeit“ erhalten wird, garantirt Niemand. Die Einführung der progressiven Einkommensteuer an Stelle der Verbrauchssteuern ist etwas viel auf einmal verlangt. An der Verminderung der Verbrauchssteuern hat die Fortschrittspartei so lange sie existirt und nicht ohne Erfolg gearbeitet, aber bei der Forderung ihrer

absoluten Aufhebung haben die Verfasser des Programms wohl so wenig den Staats- und Reichsstatthalter, wie bei dem Verlangen nach progressiver Einkommensteuer die Wissenschaft und Praxis befragt.

Die nationalliberale „Voss. Stg.“ spricht dafür, daß man überall, wo es irgend möglich ist, eine Vereinigung der liberalen Parteien über gemeinsam aufzustellende Kandidaten zu erzielen bestrebt sein solle. Sie sagt: „Zum Behufe solcher Vereinigung wird sich für alle jene Wahlkreise, die jetzt einen der Fraction der deutschen Fortschrittspartei oder der Fraction der nationalliberalen Partei angehörigen Vertreter haben, der zur Wiederübernahme des Mandats bereit ist, die einfache Wiederwahl als das leichteste und billigste Uebereinkommen darbieten. In solchem Falle dürfen die Parteier nicht mädeln, nicht jede ihre allerbesondere Nuance der politischen Farbe fordern wollen, sondern müssen den Grundsatz gemeinsam gelten lassen, ohne weiteres Ansehen der aufällig betroffenen Personen. Für solchen Fall gelten die Abgrenzungen etwa zwischen Sonnemann und Kersten-Hausmann links und Bennigsen und Dr. Friedenthal rechts; d. h. man unterwirft sich den feststehenden Fraktionsgrenzen eben auch da, wo man bei willkürlicher Erwägung der Persönlichkeit vielleicht sich lieber anders entscheiden würde. Allein in sehr zahlreichen Fällen gilt es, einen bisherigen gegnerischen Vertreter zu verdrängen oder einen Parteigenossen, der zur erneuerten Übernahme des Mandats nicht zu bewegen ist, zu ersetzen. Und da wird es schwerer, wohl mitunter auch unmöglich sein, schon vor den Urwahlen eine Vereinigung der verschiedenen Gruppen und Nuancen der liberalen Gesamtpartei zu erreichen. Man wird da meistens nicht bloß die Fraction, der ein Kandidat äußerlich angehört, sondern zugleich seine besondere Persönlichkeit ins Auge zu fassen und bei den Vereinigungsversuchen recht sehr mit zu berücksichtigen haben. In diesen Fällen muß unbedenklich den Parteigenossen Richter's volle Freiheit bleibken, zwischen der Gruppe um Lasker und der um v. Bennigsen zu unterscheiden, und eben so auch unseren engeren Parteigenossen, zu unterscheiden zwischen Männern wie Löwe oder Birchow und Männern wie Kersten oder Haarmann-Lipp, welchem letztgenannten wir unsertheils einen Dr. Friedenthal, obgleich derselbe über unsere Wahlverteilungsgrenze hinausfällt, in jedem Falle einer unverkennbaren Persönlichkeitswidrigkeit ganz unabdingt vorziehen würden. Dazu kommt, daß für solche Fälle vor allem die verhältnismäßige Stärke der verschiedenen Parteien in dem gegebenen Wahlbezirk und die allenfalls nächstliegenden speziellen Wahlversprechen mit anderen, dem allgemeinen liberalen Wahlbündnis nicht angehörigen Partei-Abschattungen sehr in die Wagschale fallen. Und da wird denn sehr leicht von jedem Theile die Stärke der eigenen Partei-Abschattung vor den Urwahlen bedenklich überhast, und eben deshalb wird da sehr oft nichts übrig bleiben, als die Vereinigung bis nach der Wahl der Wahlmänner zu vertagen und die feste Aufstellung gemeinsamer Kandidaten dann etwa vom Ausfall gegebenenfalls am Wahlabend abhängig zu machen. Indes das darf nicht vorhindern, daß schon vorher die lokalen Vertrauensmänner jeder der im Wahlkreis vorhandenen Parteigruppen sich für sie über die von ihnen demnächst in den Vorberatungen der Wahlmänner vorgeschlagenen Kandidaten schlüssig machen. Dabei gilt es für die Liberalen, auch die Stärke und Art der ihnen local entgegenstehenden Parteien wohl zu erwägen. Gegen die Ultramontanen dürfen wir auf die Unterstützung

des Regierungseinflusses zuverlässig rechnen, und dürfen und müssen wir demnach an unserem entschieden liberalen Kandidaten unbedingt festhalten; gegen die Neu- oder Altkonservativen aber sind wir der Unterstützung durch den Regierungseinfluß keineswegs eben so sicher, und sowohl Neu- wie Altkonservative und nicht minder etwaige landräthliche Streber sind im Landtage für drohende Krisen in der inneren Politik (z. B. bei der Kreis- und Provinzialordnung) zudem praktisch um Vieles gefährlicher als die Ultramontanen, deshalb müssen wir hier willig die Hand bieten, wenn wir für einen unabkömmligen Freikonservativen, für einen aufrichtigen preußischen Tory, einen Compromiß zu Stande bringen können. Es würde sehr verkehrt sein, wenn die Vertrauensmänner der liberalen Parteien bei Aufstellung ihrer Kandidaten der hier berührten Verschiedenheit der Lüge nicht die gehörige Würdigung zu Theil werden ließen. Alle diese Nuancen mögen die Vertrauensmänner der liberalen Parteien der verschiedenen Wahlbezirke, zumal der ländlichen, rechtzeitig unter sich besprechen und wirtschaften; aber eben vor Allem — rechtzeitig! Es wäre für sie Pflichtverlegung, noch länger zu säumen!

In Frankreich wird das Interesse an der Restaurationsfrage in nächster Zeit durch ein neues Schaupielt in etwas abgeschwächt werden durch den Prozeß Bazaine, der heute seinen Anfang nimmt und längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Regierung fürchtet eine Freisprechung beinahe ebenso sehr, wie eine Verurtheilung; die Verurtheilung wegen des schlechten Lichte, das sie im Allgemeinen auf die Führer der Armee werfen würde, und weil sie unbedingt der Disciplin schaden würde; die Freisprechung wegen des übeln Eindrucks, den sie auf die deutsche Kriegsgefangenschaft gemachten Soldaten machen würde, die sich als die Opfer der Intrigen und Schläge Bazaine's betrachten. Wie man glaubt, ist der Verlauf des Prozesses eine schon vorher zwischen den Vertretern der Regierung und dem Vertreter des Marshalls, Mr. Lachaud, abgelaufene Sache. Lachaud soll sich über die Ansichten jener Generale, welche als Richter im Prozeß fungiren sollen, informirt haben und zu folgendem Resultat gelommen sein: Von den sieben Richtern, aus welchen das Kriegsgericht zusammengesetzt ist, sollen vier für die Verurtheilung und drei für die Freisprechung sein. Es wird somit eine moralische Verurtheilung stattfinden, das heißt der öffentlichen Meinung und der Armee Satisfaction gegeben werden. In der That wird jedoch die Freisprechung erfolgen, denn eine Verurtheilung kann nur dann stattfinden, wenn sie von der Hälfte der Stimmen mehr einer Stimme votirt wird, das heißt von sieben Richtern mit fünf Stimmen. Da Lachaud des Ergebnisses sicher ist, so wird er bei der Vertheidigung Bazaine's alles tun, was die Reputation und die Fähigkeit der noch aktiven Generale compromittieren könnte. Er wird für die Unverantwortlichkeit seines Clienten in allen jenen Fällen plaudiren, wo die von dem Marshall festgesetzten militärischen Operationen, in Folge seiner Eigenschaft als Chef der Rheinarmee, durch die vom Kaiser oder von dessen Ministern an andere Generale ertheilten Befehle verhindert wurden. So wird Lachaud, einerseits sicher, daß sein Client freigesprochen wird, keinen verzweifelten Versuch machen und Schonung an den Tag legen. Andererseits wird er bestrebt sein, die moralische und militärische Situation des Marshalls wieder herzustellen, indem er auf dessen strategische Fähigung hinweisen wird, von der ungefürsteten Gebrauch zu machen er gehindert wurde.

Vegetation zuträglich erscheint, wie z. B. bei den meisten Getreidearten, dem rothen Klee, den Kartoffeln, so ist doch das Gediehen der Pflanzenarten, welche eine starke Düngung beanspruchen, wirklich Staunen erregend. Alle Kohlarten, zu denen auch der Raps und Raps gehört, gedeihen so vortrefflich, wie auf dem lipzigsten Riedberg Boden, und wenn ihre Blütenmenge bei Ausbildung der Kohlköpfe zu wünschen übrig läßt, so ist dieselbe beeinträchtigt worden durch eine zu enge Beplanzung. Wo durch Säen einer Lücke in der Pflanzung entstanden, da ist der Kohlkopf so groß, fest und schwer, wie er in dem festesten Boden nur werden kann.

Interessant waren die verschiedenen, neben einander gepflanzten Kohlarten. Hier drängten sich sährlich runde, platte und zuckerhüpförmige Sorten,

die unter den Namen: Erfurter, Braunschweiger, Magdeburger, Berliner ic. Kopflohl belannt sind, während auf andere Geländer die zum Salat und Schworen beliebten rothköpfigen Kohlarten in blau-rothen und hellrothen Farben prangten. Die großen zartgeläuften Savoher-Kohlarten, in gelb, hell- und dunkelgrün wechseln ab mit Rosentönen, der für

die Haushaltungen seine so beliebten Sprössen in ganz bedeutenden Quantitäten für den Winter liefern wird, dem sich wieder der blaue und dunkelgrüne, krause Winterkohl anreicherte, aber in bedeutend großer Quantität und in schönster Ausbildung seiner großen Rosetten, so daß die zum Verzehr erforderlichen Rosenbrüten wohl von wildreicherer Gegend vertrieben werden müssen.

Guter Blumentöhl, von dessen vielen Varietäten der Erfurter Zwerg-Blumentöhl längst eingearbeitet war und teilweise, zarte Köpfe gefestigt haben soll und jetzt nur noch die späten, hochstrukturierten Varietäten vorhanden waren, sowie zarte Kohlrabi von Heller und blauer Färbung zeigten, daß alle Kohlarten die dargestellten Pflanzen für starke und frische Düngung sind,

gewisse Zeit einen großen Erfolg haben. Wir haben dies in der vorigen Saison bei dem Stück „Am Altar“ erfahren. Das neue Horn'sche Stück stellt sich diesem zur Seite. Es hat die gleiche Tendenz, es ist mit interessanter Berechnung auf Effecte gearbeitet und es scheint endlich auch die Bearbeitung eines novellistischen Stoffes zu sein. Zur letzteren Vermuthung führt der Titel: „Salon und Kloster“, der wohl der Fabel des Stücks, nicht aber der uns vorgenommenen Handlung entspricht. Den Salon bekommen wir nicht zu sehen. Nur am Schlusse erfahren wir, daß die Beiden, welche sich in der Handlung als erbitterte Feinde gegenüberstehen, Dr. Arnold Welling und die Oberin Schwester Ignatia, früher sich unter anderem Namen im Salon bewegen und dort einander sehr nahe gestanden haben. Der Verfasser schildert uns die Kämpfe, welche jener Doctor, der Vertreter der Humanität und Auflösung gegen die Clerikaler, innerhalb einer Dorfsiedlung durchmacht und siegreich besteht. Dabei zeigt er tapfer sein eigenes persönliches Glück auf das Spiel; um so ehrenvoller wird schließlich sein Triumph. Die Figuren, die der Verfasser vorführt, sind zwar nicht sehr originell, aber doch von genügendem Interesse. Da ist der Dorfschulze, eine eigenständige, chrizige, gegen sein einziges Kind überhaupt und doch zugleich sehr zärtliche Natur, die aus der Dorfgeschicht-literatur häniglich bekannt ist; da ist der tückische, schleichende Meßner, der Intrigant der Clerikaler; da ist eine kreuzbrave, etwas derbe Haushälterin Brigitta und noch manche andere Gestalten aus der Dorfgesellschaft, die sich gut verwenden lassen. Am wenigsten gerathen ist der Charakter der Toni, des Schulen-Tochter, die in dem Streit zwischen Vater und Geliebten ziemlich unklar hin und her schwankt. Der Verfasser ist nicht sparsam in der Farbe bei der Ausmalung seiner Charaktere, er verwendet auch recht drastische Mittel an, um einen Effect zu erzeugen. Er erschüttert und

Excursion nach den Niesel-Anlagen.

Die von einer zahlreichen Gesellschaft von Mitgliedern des Garten-Bau-Vereins am 26. Sept. d. J. unternommene Excursion nach den Niesel-Anlagen bei Heubude, gewährte denselben die Überzeugung von dem vortrefflichen Einfluß dieser intensiven flüssigen Düngungsmethode und gab den Beweis, daß Feuchtigkeit, stielstielhaltige Düngung und Wärme genügen, um den unfruchtbaren Sand zum Tragen der üppigsten Vegetation zu machen, wozu der im Seefande reichlich enthaltene Gehalt von Alkalien auch beitragen mag. Wenn gewisse Culturen von Feldfrüchten auch noch vorläufig von den Versuchen ausgeflossen werden dürfen, weil der Boden dazu noch nicht hinlänglich mit Düngestoffen und Humus versehen, oder aber das Verrieseln denselben nicht, oder doch nur bis zu einem gewissen Fortschritt der

Deutschland.

Berlin, 5. October. Die Sitzungen des Staatsministeriums, welche in den letzten Tagen stattfanden und sich nun häufiger wiederholen werden, beziehen sich, wie man hört, auf die für den Landtag bestimmten Angelegenheiten. Unsere Nachricht, daß das Budget den hervorragendsten Gegenstand der Beratungen bilben möchte, wie wir können, ist auch heute mit aller Bestimmtheit wiederholen können, ist irrtümlich so gedeutet worden, als ständen im Uebrigen wichtige Gesetze nicht in Aussicht. Wir erfahren in dieser Beziehung von gut informirter Stelle, daß zunächst alle in der letzten Session um erledigten Entwürfe wieder vorgelegt werden, wozu u. A. das Gesetz über die Amtssprache, die Fischerei-Ordnung &c. gehören; wir erinnern an die Vormundschaftsordnung, deren Vorlegung sicher erfolgt. Dagegen haben wir vollen Grund unsere Angabe über das Nichterscheinen der Provinzial-Ordnung in der nächsten Session aufrecht zu erhalten. — Nicht ohne Spannung steht man der Stellung entgegen, welche der Landtag der Synodalordnung gegenüber einnehmen wird, für deren Einführung er die Mittel zu bewilligen hat. In der liberalen Partei wird diese Angelegenheit schon jetzt lebhaft erörtert. Man weiß sehr wohl vorher, in welchem Umfang die Annahme oder Ablehnung der geforderten Mittel mit der Position des zeitigen Cultusministers zusammenhängt, welche zu stützen im Interesse der Partei liegt, und man neigt dahin, die Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche den Inhalt der Synodalordnung in manchen Punkten modifizieren. Jedenfalls werden die bezüglichen Verhandlungen ein hervorragendes Interessent in Anspruch nehmen. — Die Berufung des Landtages wird jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit zwischen dem 15. und 20. November erwartet werden können. Der Neubau im Herrenhause wird bis dahin so weit gefördert sein, daß der Plenarsaal seiner Bestimmung übergeben werden kann. Die Nebenräume werden erst im künftigen Jahre ausgebaut sein und zunächst die Restauration des Reichstages für das Herrenhaus benutzt werden.

— Seitens des Kriegsministeriums ist an die Militärbehörden eine Verfügung erlassen worden in welcher die „Zeitschrift für Fahnenkunst des deutschen Heeres und der Marine“ den Militärpersönlichen verboten wird. (Als wieder einmal Censur trotz Art. 27 der preuß. Verfassung.)

— Die Stadt-Eisenbahn ist nunmehr, die Zustimmung des Landtages vorausgesetzt, in der That gesichert. Der Staat hat sich das Vorkaufsrecht bei allen dazu notwendigen Grundstücken der Hartwigschen Baugesellschaft erworben, ist übrigens für seine Vorschüsse durch hypothekarische Eintragungen auf dieselben hinreichend gesichert.

— In der Angelegenheit der Quistorpschen Vereinsbank dementiert nunmehr die „R. Allg. Z.“ auch die weitere Mittheilung der „D. R.“, daß an den Berathungen über dieselbe der Finanzminister Camphausen Theil genommen habe. Der „Spn. Blg.“ schreibt man gleichzeitig „von guter Hand“: Es haben in der Quistorpschen Angelegenheit Conferenzen in der Wohnung des Präsidenten v. Decken unter dessen Vorst. und im Besitze der Geheimen Räthe Boese und Koch, sowie der Chefs der Discontogesellschaft, der Darmstädter Bank und der Banquiers Geh. Rath v. Bleichröder und Schwabach stattgefunden. Das Resultat ist aber nur eine von den Vertretern der genannten Firmen bewilligte Subvention resp. Eröffnung oder Prolongation eines Wechsel-Credits für die Quistorpschen Institute gewesen. Die Beihaltung des Staates hat sich also lediglich darauf beschränkt, daß das königliche Haupt-Bank-Directoriun für das Zustandekommen jener Vereinbarung mitgewirkt hat. Der Finanzminister ist der Sache völlig fern geblieben. — Wie man der „Schl. Bl.“ schreibt, ist die Quistorpsche Angelegenheit nur insoweit geordnet, daß vorläufig bis zum 1. November den fälligen Forderungen genügt werden kann, vorausgesetzt, daß die R. Bank ihre nachsichtige Haltung nicht verändert. In all'm unbedeutigen Kreisen bleibt man bei o'm Mitleid für die Bielen, deren Verluste unter all'n Umständen groß sein werden, dabei, daß ein Eingreifen der Regierung ganz unzulässig sei. Natürlich kann man nur wünschen, daß der Concurs vermieden werde, doch nur dann, wenn dazu nicht Fonds verwendet werden, für die man den Steuerzahlen verantwortlich ist.

— Der Geh. Rath Steinmann, der an Stelle des Herrn v. Wegner als Vizepräsident nach Bremen gekommen, wird im Ministerium des Innern durch den Reg.-Rath Herzfurth ernannt werden.

— Herr Boese, Mitglied des Haupt-Bank-Directoriuns, hat, wie der „Schl. Blg.“ aus guter

Quelle versichert wird, ein Abschiedsgesuch eingereicht, welches natürlich viel besprochen werden wird.

Breslau, 4. October. Die Aufforderung des hiesigen Kreisgerichts an Erzbischof Ledochowski, die rechtmäßig gewordene Strafe von 200 Thlr., zu welcher er wegen gesetzwidriger Anstellung des Geistlichen Arndt zu Filehne verurtheilt worden, binnen 8 Tagen zu bezahlen, wurde ihm am 25. September d. J. eingehändigt, so daß nunmehr die achtjährige Frist bereits abgelaufen ist. Da das Oberpräsidium den Antrag des Kreisgerichts, auf das Gehalt des Erzbischofs in Höhe von 200 Thlr. Arrest zu legen, abgelehnt hat, weil die Temporalien sperre bereits auf Grund des § 18 des Gesetzes vom 11. Mai d. J. gegen Ledochowski verbängt ist, so dürfte demnächst wohl die gerichtliche Execution gegen denselben zur Ausführung gebracht werden. Ob dieselbe ein erhebliches Resultat ergeben wird, erscheint zweifelhaft; erzählt man doch in hiesigen ultramontanen polnischen Kreisen ganz offen, Ledochowski habe Pferde, Equipage &c. bereits vor einigen Monaten verkauft!

In ultramontanen Kreisen ist das Gericht verbreitet, daß im erzbischöflichen Palaste Vorbereitungen zu einer mehrwochentlichen Reise des Grafen Ledochowski nach Rom getroffen werden. Ob er sich dort Trost in seinem Martyrium oder neue Verhaltungsmethoden holen will, ist uns nicht bekannt. (Ostb. 8.)

Breslau, 4. Octbr. Mit Beginn des Wintersemesters ist auch das fürstbischöfliche Knabenseminar wieder eröffnet worden. Wie das „Schlesische Kirchenblatt“ vornimmt, ist dieser Tage eine Verfügung des Oberpräsidiums ergangen, durch welche die Aufnahme neuer Böblinge untersagt wird. Es entspricht dieses dem § 14 des Gesetzes vom 11. Mai.

Köln. Die „Deutsche Reichszeitg.“theilt mit, daß gegen den Erzbischof bereits 16 Prozesse wegen „gefährlich ungünstiger“ Anstellungen erhoben worden sind.

Mainz, 3. October. Die „Süddeutsche Volksstimme“ wurde gestern wegen eines Artikels aus der Feder Johann Jacoby's confisziert.

Fulda, 2. Oct. Der „H. M. Z.“ wird von hier geschrieben: „Die Nachricht betrifft eines am heutigen Tage zu Wilhelmshöhe in Aussicht gestellten Rendezvous zwischen dem deutschen Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich von Hessen muss dementirt werden. Der letztere ist vielmehr heute Morgen von hier direkt nach Schloß Panter im Holsteinischen abgereist, um daselbst mehrere Tage die Jagd auszuüben.“ — Wie man der „K. B. Z.“ mittheilt, schwindet die Hoffnung auf Wiedergenesung des Bischofs Kott mehr und mehr.

Aus Mecklenburg, 3. Octbr. Die Auswanderung scheint in diesem Herbst nicht die Dimensionen des vorigen annehmen zu wollen, was sich daraus schließen läßt, daß bis jetzt noch kein einziger Hamburger Dampfer als vollbesetzt anmeldet worden ist. Sonst war der Andrang um diese Zeit ein so starker, daß die Schiffe auf mehr als einen Monat voraus versagt waren. Wenn nun auch die Auswanderung aus den norddeutschen Theilen nachgelassen hat — in Mecklenburg ist sie dem „R. L.“ aufs folgende dieselbe geblieben und gibt der vorsährigen, die bekanntlich eine starke war, nichts nach. Durch die Hände eines unferen Auswanderungsagenten, der nicht zu den allermeist beschäftigten zählt, schreibt dasselbe Blatt, sind in diesem Jahre schon in von drüben gesandten Passagescheinen und Wechseln Werthe von 2300 £ gegangen. Hierbei ist zu bemerken, daß in neuester Zeit auch sehr viel Geld durch Posteinzahlungen aus Amerika hier in's Land gefandt wird, auch werden viele Eisenbahnbillets für die Landreise vordröhren geschickt. Von unsfern in diesem Jahre nach Amerika gehenden Landsleuten würde die Hälfte die Reisemittel von dort erhalten haben.“

Kassel, 4. Oct. Die „Gess. Bl.“ veröffentlichte die in den letzten Septembertagen in Erwiderung auf den Erlass des Cultusministers vom 13. August von 43 renitenten Geistlichen verfaßte Antwort, welche sich zu den schärfsten Ausdrücken versteigt und mit der Entlastung schließt, daß sie unter allen Umständen auf dem von ihnen eingenommenen Standpunkte unbeweglich verharren würden. — Dem vom Amte suspendirten Pfarrer Wiegel sind die Kirchenbücher und die Kirchenschlüssel durch den Bürgermeister abgenommen worden. Sechs Lehrer, welche den bezüglich des Religionsunterrichts erlaubten Anordnungen Widerstand leisteten, sind in allmäßig steigende Geldstrafen verfallen. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 5. Oct. Den 69 renitenen Geistlichen des Berner Jura ist eine nochmalige Frist

Ausfaat benutzten Grasflächen der Fall ist. Eine Verwendung von verschiedenen gemähten Gräsern z. B. Thymothee, Knau-Honig, Floria und Wiesen-Rispens-Gras, mit Zusatz von schwedischem Klee, würden das Ansehen und den Werth des Heues und frischen Grases verbessern, wenn auch das Gemüths-Quantum des frisch gemähten Grases ein geringeres werden möchte, als bei Anwendung des reinen Ital. Raygrases. Auffallend erschien den Besuchern die Mittheilung, daß von manchen Haushaltungen und Personen eine Neigung gegen die Benutzung des Gemüses stattfände, da sich doch nur durch Anwendung der kräftigsten Düngung in Feldern und Gärten überhaupt ein zartes, gutes Gemüse ziehen läßt und der Regen dasselbe tötet, was in der Pumpstation durch die Dampfmaschine geschieht: nämlich die Auflösung der festen Dungstoffe in flüssiges, den Boden durchdringendes Dungwasser.

Bei viel weitauswigerer Saat oder Pflanzung fast sämmlicher angebauter Pflanzen wird das Resultat für die Nutzfrucht ein viel ausgesträntiger sein und wenn nach Jahre langer Anwendung der Nieselungen eine stärkere Humusschicht sich gebildet hat, immer aufs Neue mit den ab und zu nach Bedürfnis übergeführten Dungstoffen befruchtet, so wird die öde Heide, wo kaum ein Schafschwingel, Gras, Strandhafer und Haidekraut sein lämmliches Dasein fristet, verschwinden und unabsehbare fruchtbare Grasfilde an ihre Stelle treten, die nach und nach reichen Lohn für die aufgewandten bedeutenden Kosten der Planungs- und Riesel-Anlagen geben. Mit Spargel-Anlagen, Bohnen, Erbsen und Erdbeeren und selbst Obstpflanzungen werden für den nächsten Sommer Versuche gemacht werden und läßt sich besonders für Spargel ein sehr günstiges Prognostikon stellen, der in auf durchlässigem Sandboden seine garteste Beschaffenheit und vorzüglichste Geschmack

Schondorff.

von 14 Tagen gesetzt werden, um ihre Unterschrift von dem Proteste gegen die Entsezung des Bischofs Lachat von seinem Amt zurückzuziehen. Nach Ablauf dieser Frist soll — wie den gedachten Geistlichen eröffnet wurde — das gegen sie ergangene, auf Amts-entsezung lautende Erkenntnis des Obergerichts sofort zur Ausführung gebracht werden. (W. T.)

St. Gallen, 5. Oct. In der „St. Gall. Blg.“ wird das Verlangen gestellt, daß der hiesige Bischof auf die von der römischen Curie im Jahre 1865 eigenmächtig und entgegen dem bestehenden Bistumsvertrage dem hiesigen Bistum zugewiesenen Appenzeller Lande verzichte und die Erwartung aussprochen, daß, falls dies nicht geschiehe, die Staatsbehörde den hiesigen Bischofssitz für erlebt erkläre.

Frankreich.

Paris, 4. Octbr. Gestern fand eine Versammlung der Bureaumitglieder von sämtlichen Fraktionen der Rechten statt. Derselben wohnten auch zwei Deputierte bei, die in Frohsdorf gewesen waren. Zahlreiche Deputierte der republikanischen Parteien sind hier eingetroffen. — Die vom „Gaulois“ beabsichtigte Veröffentlichung von Listen derjenigen Personen, welche sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen für einen Appell an das Volk erklärt und einer darauf hinarbeitenden Vereinigung angegeschlossen haben, ist vom Minister des Innern untersagt worden. — Der Herzog von Chartres berichtet seiner Familie aus Frohsdorf, daß die Fabrikenfrage einer glücklichen Lösung nahe sei; der Graf Chambord werde aber erbindende Erklärungen abgeben, wenn die Majorität für die Restauration gesichert sei. — Die Gerüchte vor einer vorzeitigen Einberufung der Nationalversammlung wölben noch immer nicht verstummen.

Bekanntlich wurde der Admiral Saissel am 8. Februar 1871 von den Republikanern zum Pariser Deputierten gewählt und war längere Zeit Mitglied der Linken. Da er aber später zu den Royalisten überging, so haben seine Wähler folgenden Schreiber an ihn gerichtet: „Wir gehörten zu den Wählern, welche am 8. Februar 1871 für Sie stimmten. Wir haben Sie ernannt, damit Sie Ihren Platz auf der Linken nehmen und mit der Linken stimmen. Dies haben Sie auch während der ersten Zeit gethan. Dann nahmen Sie Ihren Platz auf der Rechten und stimmten auch beständig mit der Rechten. Wir machen Ihnen darüber keinen Vorwurf. Sie haben von Ihrer Freiheit und Ihrem Rechte Gebrauch gemacht. Aber, Hr. Deputirter! Sie müssen auch begreifen, daß wir, der wir Sie erwählten, keinen Vertreter mehr haben und daß Sie unsern Gegnern eine Stimme liefern, was gegen den gesunden Menschenverstand und die Gerechtigkeit, gewiß aber gegen Ihre Ehre ist. Wenn Sie, Herr Deputirter, ein Ehrenmann sind, wie wir noch glauben, so zählen wir auf Ihren sofortigen Rücktritt. Wir haben die Ehe re.“ — Eine große Anzahl von Pariser Kaufleuten und Fabrikanten unterzeichneten gegenwärtig eine Declaration, worin sie erklären werden, daß „sie dem Schreiben Feray's ihre Zustimmung geben.“ Feray, Deputierter und einer der bekanntesten Mitglieder des linken Centrums, hat sich bekanntlich in einem offenen Brief mit großer Entschlossenheit für die Aufrechterhaltung der Republik und gegen die Wiederherstellung der Monarchie ausgesprochen. Andere ähnliche Kundgebungen werden in großer Anzahl erwartet.

Paris, 4. Octbr. Dieser Tage soll eine große Republikaner-Versammlung bei Thiers stattfinden. Alle republikanischen Deputirten sind schriftlich aufgefordert worden, wegen der ernsten Lage sofort nach Paris zu kommen. Auf Befehl des Ministers ist der Strassenverkauf des Sicle auch im Rhone-Departement verboten worden.

Spanien.

Am 1. October waren die Carlisten in starken Abtheilungen im Anjuge auf die Stadt Bilbao. Lizarza — heißt es im Gegenseite mit anderen Deputirten, welche diesen Führer nach Bayonne verweisen — hält Bergara gegen Abtheilungen der Republikaner besetzt, welche von San Sebastian und Tolosa herankommen. Velasco steht in Bornosca und Elilio mit Don Carlos in Miravalles. Bilbao ist auf diese Weise ganz von den Carlisten, welche starke Positionen einnehmen, eingeschlossen. Die Aufregung ist sehr groß. Die Carlisten sind von den Forts Miravalles und Morro in Hanfen sichtbar. General Moriones ist im Vorläufen und Santa Pau marschiert heran, um den Carlisten den Rückzug nach Navarra abzuschneiden. Ein Treffen gilt unter den Umständen als unvermeidlich, wofür die Carlisten sich nicht auf Orduna zurückziehen. In Bilbao sieht man sich keinen Befürchtungen hin, da die Carlisten eingeschlossen werden würden, wofür es ihnen nicht gelingen sollte, Moriones zu schlagen.

England.

London, 4. October. Bei Gelegenheit einer Versammlung zu Gunsten der Aufbesserung schottischer Pfarrgehalter aus Privatmitteln ließ sich in diesen Tagen in Edinburgh der Minister für Indien, Herzog von Argyll, über Kirchen und Staat in einer langen Rede vernehmen. Im Wesentlichen bemerkte er dabei, er sei persönlich für eine Staatskirche, wenn eine solche in ihrem idealen Begriffe möglich sei, was er in heutiger Zeit jedoch nicht annehmen zu wollen schien. Im Weiteren bekannte er sich, sobald als einer Gegner der Parolleldotirung verschiedenster Religionsgenossenschaften durch den Staat und erklärte die Verbindung der Kirchen mit dem Staat, wie sie in manchen Ländern besteht, so zwar daß die geistlichen Gehälter aus dem Staatsfächer gezahlt würden, für ein großes Übel, das vielleicht zum großen Theil den streitigen Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche auf dem Festlande zu Grunde liege.

Schweden.

Stockholm, 29. Sept. Die Kirchenversammlung, welche hier selbst tagte, hat am 24. d. nach einer achtstündigen Verhandlung die ihr in Betreff des Verhältnisses der schwedischen Staatskirche zu Anhängern freudiger Glaubenskenntnis vorgelegten Änderungen im Kirchengefse gebilligt. Es handelte sich in den Paragraphen um Erklärungen des Austritts aus der Staatskirche und Beugnisse darüber, um Eheschließungen und Begräbnisse der Dissenter. Das vom vorigen Reichstage angenommene Dissentergesetz, welches in seinen Paragraphen noch der Zustimmung der Kirchenversammlung bedurft, ist somit von allen Bekommenden genehmigt und kann als Gesetz ausgehen.

Danzig, den 6. October.

* Für die bevorstehende Abgeordnetenwahl wird der Stadtkreis Danzig in 58 Urwahlbezirke (incl. 2 Militärwahlbezirke) eingeteilt. Die Zahl der Wählern von der Civilbevölkerung beträgt 17,445.

Die Urwählerlisten liegen noch morgen und übermorgen im Rathause zur Einsicht aus.

* Die von den Nationalliberalen und einem Theil der Fortschrittspartei einzuberuhende Wählerverammlung wird entweder am Sonnabend, den 11. oder Dienstag, den 14. October im Gewerbehaus Saale stattfinden. Der Umbau des großen Schlosshauses wird erst zum November beendet sein und kann daher die Versammlung dort nicht stattfinden.

* Von mehreren Seiten ist aus der Provinz hierher an die Mitglieder der liberalen Partei die Aufforderung ergangen, eine Zusammentunft der liberalen Vertrauensmänner aus den einzelnen Wahlkreisen Westpreußens nach Danzig zu berufen, um eine Verständigung über ein gemeinsames Vorhaben herbeizuführen. In einzelnen Wahlkreisen Westpreußens soll bisher noch nichts geschehen sein und zwar sind dies gerade solche, in denen alles darauf ankommt, daß die nationalen Elemente geschlossen gegen die polnischen und ultramontanen Elementen auftreten und sich rechtzeitig organisieren. Voraussichtlich wird die Versammlung der Vertrauensmänner in der nächsten Woche hier stattfinden.

* Dem Kaufmann Georg Weber hier ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als General-Consul der Hohen Pforte bier selbst ertheilt worden.

* Die Versammlung der „Fortschrittspartei“, zu der das Wahlcomité (Vorsitzender hr. Kam) eingeladen hatte, fand am Sonnabend im großen Saale des Gewerbehauses statt und war von ca. 60 Personen besucht. Dr. Kam in berichtete über die Tätigkeit des Comités der letzten Versammlung am 25. Juni er. Dasselbe war mehrere Male zur Entwerfung eines Wahlprogramms zusammengetreten und hatte zu den Beratungen auch die ehemaligen Leiter der Partei eingeladen, von diesen aber theils gar keinen, theils ablehnenden Beurteilung erhalten; nur wenige hatten ein Wort zur Entschuldigung oder zur Aufmunterung beigelegt. Das vom Comité aufgestellte Programm zählt die Punkte auf, für welche der zu wählende Abgeordnete nach besten Kräften wirken soll und verlangt: 1) Festsetzung eines jährlichen Militäretars, 2) Verkürzung der Militärdienstzeit, 3) Erleichterung der Steuerlast durch Einführung einer progressiven Einkommensteuer, 4) Diäten für die Mitglieder des Reichstages wie des Abgeordnetenhauses, 5) Beseitigung des Herrenbaus, 6) direcetes Wahlrecht zu den etzigen Landtagen, sowie zu sämtlichen Communal- und Kreistagswahlen, 7) Kreis- und Gemeindeordnung in völliger Unabhängigkeit von der Regierung, 8) ein vereinheitlichtes Ministerium, 9) kein Ministerium eine Gabewilligung zu gebieten, 10) Haftbarkeit aller Beamten, einschließlich der Offiziere, vor den Gerichten des Landes, 11) Entschädigung für unschuldig Inhaftierte, 12) Freiheit der Presse, 13) Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes, 14) Corporationsrechte für nämliche Vereine nach dem Gesetz von Schulze-Delitzsch, 15) Normalisierung für freie Kranken-, Sierbe- und Invalidenklasse, 16) Anwendung des Haftpflichtgesetzes auf sämtliche Unternehmer, 17) Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, 18) unentgeltlichen Schulunterricht bis zur Universität, 19) Einführung der obligatorischen Civileb., 20) Streichung des Staats im Cultusministerium für kirchliche Angelegenheiten, 21) Befreiung eines internationalen Schiedsgerichts. — Bei Beileitung vorstehendem Programms fanden die einzelnen Punkte allseitig lebhafte Beifall, und konnte dasselbe somit als angenommen gelten. — Als zweite Nummer der Tagesordnung war aufgestellt: Befreiung über die Stellung, welche die Partei bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen nehmen wolle. Dr. Treichel: Das mangelhafte Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus lasse es lästig erscheinen, bei den nächsten Wählern mit den Nationalliberalen, weil sie an Badstädter seien, zu geben, aber nur in sofern, daß man dieser Partei einen und aus der Fortschrittspartei einen Kandidaten wähle. Unter allen Umständen darf aber nicht der bisherige Abg. Dr. Geh. Rath Hoene wieder aufgestellt werden. In Betreff des H. n. Ritter wolle er anerkennen, daß derselbe im Abgeordnetenhaus ganz tüchtig gearbeitet habe; er werde für ihn stimmen, obgleich er dessen politische Ansichten nicht teile. Er schlage die H. Ritter und Eugen Richter vor; den Letzteren besonders zu empfehlen, bedürfe es bei dessen bekannter Vorzüglichkeit nicht. Dr. Steeger ist das gegen, daß man sogleich auf einen Kompromiß hinarbeiten und glaubt, daß die Nationalliberalen für die meisten Punkte des aufgestellten Programms nicht stimmen werden. Vor Allem will er konstatiren, daß die Arbeiter durchaus nicht eine eigene Partei bilden wollen, sondern sich nur als Mitglieder der Fortschrittspartei bekennen, weil letztere für die Rechte aller, nicht bloß für die der Arbeiter eintritt. früher waren die Arbeiter nicht im Stande die Initiative zu ergreifen, die höheren gingen voran und die Ersteren wurden mitgenommen. Er war der festen Meinung, daß die ehemaligen Führer ihre oft beteuerte demokratische Gesinnung jetzt bewahren und mithilfend würden, aber die dessaligen Schritte des Comites hätten, wie bereits erwähnt, ein anderes Resultat ergeben. Die Arbeiter seien damit auf ihre eigene Anstrengung angewiesen. Redner beleuchtet nun die einzelnen Punkte des Programms, um nachzuweisen, wie gerechtfertigt die gestellten Forderungen sind. In erster Linie müsse auf eine Ermäßigung der Steuern hingewirkt werden; wenn der Militäretar verringert werde, könne für die Volksschule mehr geschehen. Die Friedensversicherungen der Fürsten würden sonderbar illustriert durch die stiegende Anziehung der Steuerabrechnung. Die Abgeordneten müßten Diäten erhalten, damit auch die Armeren die Möglichkeit vorliegen, ein Mandat anzunehmen. Das für den Reichstag von der Regierung zugegebene direkte Wahlrecht sei illusorisch geworden durch die angehängte Diätentafel. Die Errichtung freier Rästen habe nicht die volle Unterstützung der Nationalliberalen und doch sei dies für die Arbeiterschaft wesentliche Sache.

verhalten, sondern müsse sehr aktiv sein. Wenn in früherer Zeit die Fortschrittspartei nicht passiv geblieben wäre, hätten wir die Kriege von 1864–1870 nicht gehabt. In den Bezirksversammlungen müssten bestimmte Persönlichkeiten bezeichnet werden, mit der festen Erklärung, daß man für keine anderen zu wirken geneigt sei. Keiner von den National-Liberalen werde gegen volle Trennung der Kirche vom Staate, keiner gegen ein freies Unterrichtsgesetz stimmen; das seien auf Hauptpunkte, und deshalb töne man theilweise mit jenen ab. Dr. Kämin ist gegen einen Compromiß; wenn man jetzt mit den National-Liberalen einen solchen schließen, würden diese bei den Reichstagswahlen ein Gleichtes beanspruchen und dann ginge Herr Lasse wieder aus der Wahl. Da er überzeugt sei, daß die Wahl für das Abgeordnetenhaus keinen befriedigenden Erfolg habe, daß dagegen bei der Reichstagswahl ein fortwährender Kandidat durchgebracht werden könne, so schlage er vor, daß die Fortschrittspartei sich der Wahl von Landtagsabgeordneten vollständig enthalte. Herr Wendemann hält die Arbeiter für verpflichtet, mit der Fortschrittspartei zu gehen, weil sie ihr alles bis jetzt erreicht zu verdanken hätten. Es steht uns jetzt aber ein stiller Feind gegenüber. Wenn man die Gewissheit hätte, daß die Ultramontanen mit ihren Kandidaten nicht durchzähmen, könnte man sich bei der nächsten Wahl des Stimmens enthalten und damit konstatieren, daß man mit dem Wahlgänge nicht einverstanden sei. Die Sache liege aber so, daß möglicherweise die Conservativen mit den Ultramontanen zusammengehen, weil Beide zu ihrer alten Macht gelangen wollten. Redner spricht hier ein, daß vor einigen Tagen ein ihm bekannter respectable Herr ihm mitgetheilt habe, es gebe das Gerücht um, die Arbeiter wollten mit den Ultramontanen zusammen; er habe es für Pflicht gehalten, Ramens des Arbeiters ein solches Gerücht als unwahr und beleidigend zu bezeichnen und es als ein unwürdiges Wahlmanöver mit Entrüstung zurückzuweisen. Man dürfe sich unter den vorhandenen Umständen der Wahl nicht enthalten, weil Gefahr für die liberale Sache zu befürchten sei; es sei aber ausdrücklich dabei zu sagen, daß man bei den Reichstagswahlen selbstständig vorgehen werde und jetzt nur gemeinschaftliche Sache mit den National-Liberalen wegen des gemeinsamen Freindes mache. — Der Antrag des Hrn. Langowski auf Schluß der Discussion wurde angenommen; der Antrag des Hrn. Kämin, die Fortschrittspartei sollte sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Wahl ganzlich enthalten, erhielt nur 15 Stimmen und ist somit abgelehnt; der Antrag des Hrn. Steeger, mit den National-Liberalen ein Compromiß dahin einzugehen, einen Abgeordneten aus dieser Partei und einen Fortschrittsmann zu wählen, da die Reichstagswahlen sich aber vollständig freie Hand vorzubehalten, wurde mit großer Majorität angenommen. — Das Comité wird nun mehr diesen Beschlüsse gemäß die weiteren Schritte vornehmen.

* Das Verbot der Annahme von österreichischen Viertelguldenstücken zunächst an den Eisenbahnlässen ist der "Sp. Ztg." zufolge schon ergangen oder steht unmittelbar bevor. Wenn dieses Verbot auch in diesem Augenblieb noch partiell ist, muß man darin doch jedenfalls den Vorläufer des gänzlichen Verbotes sehen, das sich bei dem großen Mangel elbtheimischer Scheidemünze möglicherweise recht sättigbar macht.

* Über die Ursache der Gas-Explosion, welche Freitag Abend die Nachbarschaft des neuen Bankgebäudes in der Hundegasse in Schreien verließ, wird uns nachträglich zur Belehrung und Warnung folgendes mitgetheilt: Ein Gasdruck, welches einige Stunden zuvor im Corridor des Erdgeschosses angebracht worden war, wie sich später ergab, aus Versehen nicht verschlossen worden. Als dennmächt der Hauptbahnhof der Haussleitung geöffnet und die Flammen der Geschäftsräume entzündet worden, ward an einzelnen Brennern ein plötzliches Verlöschen der Flamme auffällig und hieraus Veranlassung genommen, den Hausdienner zu sorgfältiger Revision aller Gasbäume aufzufordern, was dieser auch gewissenhaft that. Als er einige Zeit später, um nochmals den Corridor betrat, bemerkte er einen Gasgeruch, der ihn veranlaßte, mit dem Licht in der Hand sich nach einer etwaigen Ursache umzusehen. Da er besorgte, es möchte ein im Closet etwas hoch angebrachter Brenner trotz seiner vorigen Besichtigung offen geblieben sein, zumal der Gasgeruch von dorther zu kommen schien, so betrat er dieses Raumdeck; kaum aber hatte er das Licht nach dem Brenner erhoben, so schlug, wie er erzählte, eine ungeheure Flamme herunter, welche ihn mit donnerähnlichem Schlag niederschmette und in Feuer bülzte. Er beging trotzdem glücklich genug noch die Besinnung sich aufzurichten, nach dem Hauptbahnhof herunterzustürzen und diesen zu schließen. Dort aber fand er seine Frau, welche in dem Moment der Explosion die Haustür geöffnet hatte, mit zerquetschtem Fuße liegen; der ungeheure Lustdruck hatte die Thür mit zertretender Gewalt gegen ihren eingezlemten Fuß geworfen. Die Wirkung der Explosion war im ganzen Gebäude höchst, namentlich im Corridor und den anliegenden Räumen; nicht allein waren eine große Menge Glasstücke zertrümmt, das große Oberlicht der Buchhalterei geprägt, sondern auch Türen, namentlich aber die Corridor-Verschläge eingerissen, übergebaut und zerbrochen. Bis in das Dachgeschoss hinaus hatte, nach Versicherung der dort anwesenden Damen, eine Feuermaße alle Räume erschützt; weithin bis in entfernte Straßen der Nachbarschaft ward die Explosion gehört. Der vorbeschriebene Herausang lehrt, wie bei ähnlichen Vorkommen zu verfahren ist, um einer Gas-Explosion vorzubeugen: nicht mit brennendem Licht nach einem vermuteten Gasrohrschaden zu suchen, sondern sofort etwa brennende Lichter oder Flammen zu verlöschern, Türen und Fenster zu öffnen, den Hauptbahnhof abzuschließen, und möglichst bald nach der Gas-Anhalt zur Ermittelung des Schadens zu eilen. Der befallene Haussdiener, welcher mit verbranntem Gesicht und Händen darunter liegt, und dessen Frau, welche an ihrem Fuße leidet, wären, wenn sie diese Vorrichtung gefunckt und befolgt hätten, vor dem sie betroffenen Unglück bewahrt geblieben.

* Der Kreisgerichtsrath Hellwig in Heydelburg ist an das Kreisgericht in Gumbinnen mit der Function als Direktor der zweiten Abtheilung dieses Gerichts und der Staatsanwaltschaft Martin in Deutrich-Erone in gleicher Eigentümlichkeit an die Kreisgerichte in Hamm und Soest, mit Anweisung des Wohnsitzes in Hamm, verfestigt. Der Kreisrichter Veschel in Margarebow ist gestorben.

A. Kahlberg, 2. October. Durch die Aufhebung der Dampfschiffwerbung zwischen Elbing und hier, haben auch die letzten Güter von unteren an malerischen Schönheiten so reichen Badeort Abtrieb genommen. Dagegen landen sich am 1. d. M. eine größere Anzahl der auf der Nebrung ansässigen Bewohner von Rab und Jern hier zusammen, um dem Danziger Stadtförster Herrn A. Sandrowsky in Pröbbernau Ovationen in Form einer Deputation und einem gemeinschaftlichen Abendessen zu bringen. Herr S. wurde am 1. October 1848 als Förster der städtischen Walungen angestellt und erwarb sich während dieser langen Reihe von Dienstjahren sowohl die Achtung seiner Vorgesetzten, als auch die Liebe der Collegen und vieler Bewohner der Nebrung. Um die Verschönerung unseres Badeorts hat sich der Jubilar wesentlich verdient gemacht. Die Freier war ebenso harmonisch als fröhlig und freute sich die Gesellschaft erst in früher Morgenstunde.

-r. Culm, 5. October. Bürgermeister Grieben hat am 1. October unsere Stadt verlassen, um die Redaktion eines politischen Blattes in Berlin an übernehmen. Vielleicht gelingt es unsern Vertretern recht bald einen guten Erfolg zu finden, da gerade jetzt über

die Neorganisation der städtischen Schulen entschieden werden soll. — Die R. Regierung in Marienwerder hat das Gehalt des künftigen Bürgermeisters von Culm auf 1100 R. festgesetzt; die Neuwahl soll in kurzem Intervall stattfinden. — Dem emerit. Lehrer und Kantor Hrn. Tauber ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Schwey, 5. October. Am Stelle des Pfarrers v. Horizontowitz in Przyserki liegen Kreises in Berlin zum Localchirurgus der katholischen Schulen in Przyserki und Rozzano ernannt.

Z Coniz, 5. Oct. Das Project der Ausbaggersung resp. der Reinigung des unmittelbar an der Südwand unserer Stadtmauer liegenden Mönchsees hat schon seit Jahr und Tag auf der Tagesordnung des städtischen Behörden gestanden, ist aber bis heute nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Magistrat und Stadtverordneten haben Commission auf Commission gewählt; Alles blieb beim Alten. Die Regierung ist nun des vielen Hin und Herschreibens und der Commission müde geworden und will die Reinigung des Sees per Execution vollziehen lassen. Nach einem Beschuß der nördlichen Behörden wird man die angebrochne Maßregel an die Commune herantreten lassen.

Nach dem amtlichen Cholera-Bericht sind in den letzten 5 Tagen angemeldet: erkrankt keine Person, gestorben eine. Von den bis zum heutigen Tage am Oste konstituierten 15 Cholera-Fällen hatten mithin 7 einen tödlichen Verlauf. — Das bietige Gymnasium wies am Schluß des Schuljahres 1872/73 504 Schüler auf, 225 katholische, 224 evangelische und 55 jüdische, 35 waren auswärtige. An der Anstalt wirkten außer dem Director 18 Lehrkräfte. Die Aufnahme von neuen Schülern war am Anfang des gegenwärtigen Schuljahrs bedeutend. Aus der städtischen Clementianschule allein gingen ca. 40 Schüler nach Sexta. Die Gymnasial-Lehrer wiesen sich hier eines so großen Zubranges nach wissenschaftlicher Bildung noch nicht zu erkennen.

— Starck berichtet, daß auf dem in der Nähe liegenden Vorwerke Sawüst ein Dienstmädchen ihr taum geborenes Kind zuerst getötet und dann den Schweinen vorgeworfen habe. Heute wird mir ein noch von größerer Stoffbett zeugender Fall bekannt. Ein kleines Dienstmädchen stieß nämlich unlängst ihr unehelich geborenes Kind, um die Entbindung zu verhindern, lebenfähig in den Abort auf dem Hofe. Das kleine Wesen soll, als es gefunden und herausgezogen wurde, noch Lebenszeichen von sich gegeben haben, aber bald darauf gestorben sein.

Königsberg, 6. Oct. Es hat sich hier ein Comité gebildet zur Stiftung von Volksbibliotheken und einen Aufruf zur Bezeichnung jährlicher Beiträge erlassen. Der Handwerkerverein hat bereits seine Spenderkammer von über 2000 Bänden als Stamm für die neue Bibliothek angewiesen; ferner hat der Magistrat ein geeignetes Vocal in einem städtischen Gebäude zur Aufstellung der Bücherschränke und geschäftlichen Benutzung vorgegeben. — Nach höherer Bestimmung werden nur fünf Armeecorps des preußischen Heeres Maxier-Gewehre erhalten, während die übrigen Armeecorps mit dem optischen Chassepotgewehr versehen werden sollen. Beide Arten Gewehre haben bezüglich ihrer Construction mit einander viele Ähnlichkeit und eine und dieselbe Patrone. Unser erstes Armeecorps erhält das optische Chassepotgewehr, so daß das zweite Bataillon des Grenadier-Regiments Kronprinz, welches bekanntlich schon das Maxier-Gewehr besitzt, dasselbe seiner Zeit abgeben wird. — Die am 1. Oct. c. fallax gewesenen Beamtengehälter wurden, zum ersten Male, größtentheils in Goldgeld ausgezahlt. — Laut dem amtlichen Cholera-Bericht sind am 3. October angemeldet: erkrankt 6, gestorben 3 Personen.

Braunschweig, 4. Octbr. Dem bischöflichen Priesterseminar ist der Staatszuschuß entzogen worden. — Der Oberpräsident hat den Rector des Lyceum Hostianum aufgefordert, den dortigen Studierenden sofort anzuziegen, daß es ihnen für die Büttenverbote ist, während des akademischen Trienniums in dem Seminar zu wohnen.

— Neuerdings sind in den verschiedenen Kreisblättern der Provinz Posen Bekanntmachungen der Landräthe erlassen worden, nach welchen auf Grund der §§ 348 und 370 des Strafgesetzbuches die deutschen Namen der zu tausenden Kinder nicht mehr, wie dies bisher häufig geschehen ist, in polonifirter Form oder gar in's Polnische überzeigt eingetragen werden dürfen. Danach haben also Geistliche, welche sich dieses Vergehens schuldig machen, mindestens einen Monat Gefängnis zu gewärtigen.

Bernisches.

Berlin. Eines der älteren Mitglieder der R. Oper ist am 1. October aus dem Verbande derselben ausgeschieden. Herr Eduard Voß ist an dem gedachten Tage pensionirt worden, nachdem er dem Institute 22 Jahre und dem Theater 41 Jahre angehört hat. Herr Voß war ehemals Mitglied der bekannten Graf Hahn'schen Truppe. Genannter Herr hat übrigens mit dem Schauspielhaus einen Contract auf 3 Jahre abgeschlossen, so daß die Hofbühne seine belannten Leistungen, wie der Erdegeist im Faust u. s. w. nicht verliert.

— "Deutsche Warte". Zweites Augustheft entält: Die Ansänge der deutschen Renaissance. Von A. Wolmann, die Rauhheit in der Sprache. Von H. v. Wolzogen. Eine Tragödie der Erziehung. (Grillparzer Studie.) Von Dr. J. Stiel. Ein Beitrag zur Geschichte Friedrich Wilhelms IV. Von C. Jancke. Le coeur ne raisonne pas. Von J. Duboc. Historisch-politisches Umschau. Bücherschau. Todessturz; H. Kurz. — W. Menzel. — Dr. L. G. Ritter v. Karajan.

Leipzig. Die finanziellen Verhältnisse Roderich Benedix waren, wie der "A. Fr. Pr." mitgetheilt wird, keineswegs so düster, wie sie von vielen Seiten dargestellt wurden. Benedix, der durch die vielen Lantidemmen, welche er von seinen zahlreichen Studien erhält, ein sehr gutes Einkommen hatte, lebte in sehr geordneten Verhältnissen; er befand in Leipzig eine prächtige Wohnung und hatte in letzter Zeit sechs weiße Dienstboten und zwei Wärtersinnen um sich, eine Einrichtung, die gewiß nicht auf Armut stützen läßt. In Leipzig lebten der Dichter zwei verheirathete Schwestern, die sich in glänzenden Verhältnissen befinden; sein Haus war für literarische Besucher aus allen Weltgegenden ein gastliches Rendezvous und Niemand will da von Roth und Kummerath eine Spur gefunden haben. So weit der erwähnte Brief. Es kann nur törichtlich berühren, wenn die Nachrichten über den schlimmen Vermögensstand des Dichters sich nachträglich nicht bewahrheiteten. Den Anlaß zu solcher Meinung gaben die Freunde Benedix' selbst, welche in der "Gartenlaube" einen Aufruf zu einer Spende veröffentlichten, dessen Wortlaut kaum eine andere Bedeutung zuläßt, als daß es sich um eine Unterstützung des Dichters handle. Es wäre damals Sache der zunächst Beteiligten gewesen, solchen irigen Ausschüssen sofort öffentlich entgegenzutreten. — Bei diesem sei übrigens bemerkt, daß Benedix in der Zeit von 1863 bis 1872 allein vom R. Schauspiel in Berlin die Summe von 10,417 Thlr. an Lantidemmen bezog.

Hörten-Depeschen der Danziger Zeitung. Frankfurt a. M., 4. Oct. Effecten-Societät. Creditanstalt 229, Franzosen 247, Lombarden 161, Creditanstalt 117, Darsch. Banken 390, Provincial-Disconto-Gesellschaft 110. Schluss besser. Hamburg, 4. October. Getreide-markt. Weizen und Roggen loco unverändert auf Lermine rubrig. Weizen 7c. October 126. 1000 Rile 235 Br., 233 Gd., 7c. October-November 126. 235 Br., 233 Gd., 7c. Nov.-Dec. 126. 240 Br., 233 Gd.

Roggen loco 1000 Rile 187 Br., 186 Gd., 7c. October-November 187 Br., 186 Gd., 7c. November 188 Br., 187 Br. — Hafer und Gerste still. — Rüböl matt, loco und 7c. October 200 Rile 60, 61, 62, Mai 1874. 65. — Spiritus still, 7c. October 100 Rile 100, 101, 102, 103, 104, 105. — Rüböl matt, loco und 7c. October 200 Rile 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586,

